

Wirtschaft

Ingo Blechschmidt

4. März 2007

Inhaltsverzeichnis

I	Wirtschaft	2
1	Schulheft	2
1.1	Wozu Wirtschaftswissenschaft?	2
1.2	Analyse der wirtschaftlichen Lage	3
1.2.1	Schlüsselindikator BIP bzw. BSP	4
1.2.2	Idealisierter Konjunkturverlauf	5
1.2.3	Typische Indikatorveränderungen in den verschiedenen Konjunkturphasen	5
1.2.4	Hauptmerkmale der deutschen Wirtschaftsstruktur	7
1.3	Modell des Wirtschaftskreislaufs	8
1.3.1	Der einfache Wirtschaftskreislauf [dekliniertes Modell]	9
1.3.2	Evolutorisches Modell	10
1.3.3	Wodurch werden die Entscheidungen beeinflusst?	10
1.3.4	Mögliche Ausgleichsreaktionen	11
1.4	Staatliche Wirtschaftspolitik	18

1.4.1	Überlegungen zur Steuerhöhe	18
1.4.2	Typischer Steuersatzverlauf (Einkommenssteuer)	19
1.4.3	Finanzpolitik	20
1.4.4	Antizyklische Haushaltspolitik	24
1.4.5	Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik . .	26
1.4.6	Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB)	27
1.4.7	Grenzen der Geldpolitik	33
1.5	Außenwirtschaft	34
1.5.1	Gründe	34
1.5.2	Zahlungsbilanz	35
1.5.3	Wechselkurssysteme	36
1.5.4	Europäische Wirtschaftsunion	36
1.5.5	Mögliche Maßnahmen der Währungspolitik .	37

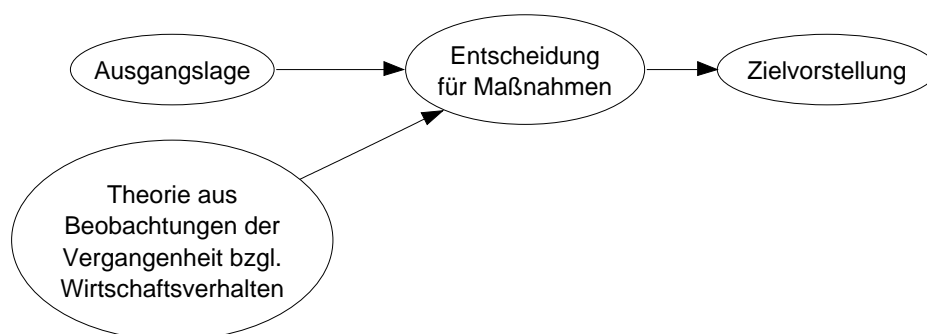
19.09.2005

Teil I

Wirtschaft

1 Schulheft

1.1 Wozu Wirtschaftswissenschaft?



[Beispiel: Arbeitslosigkeit, Handlungsbedarf, Kündigungsschutz]

[Volkswirtschaft → Globalwirtschaft]

20.09.2005

Wichtige Einschätzung der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage und Vorhersage des weiteren Verlaufs aufgrund von Beobachtungen und Theorien, um den Wirtschaftsteilnehmern möglichst gute Entscheidungsgrundlagen zu bieten. Dadurch Vermeidung von Fehlleitungen der Wirtschaftsgüter (Fehlinvestitionen) bzw. von unerwünschten Zuständen und somit letztlich größerer Wohlstand.

[Patente, Lizenzen, Klone, etc.]

[Indikatoren]

26.09.2005

1.2 Analyse der wirtschaftlichen Lage

Indikatoren:

Mengenindikatoren

- Zahl der Arbeitslosen

Preisindikatoren

- Inflationsrate

Frühindikatoren

- Δ Auftragseingang (Industrie)
- Geschäftsklimaindex

Präsensindikatoren

- Umsatzentwicklung

Spätindikatoren

- Zahl der Arbeitslosen

27.09.2005

„Ich will hier jetzt nicht gegen [...] Gräupners skurile Denkweise [...]“

[Definitions des Euros: individuell zugemessener Tauschnutzen]

04.10.2005

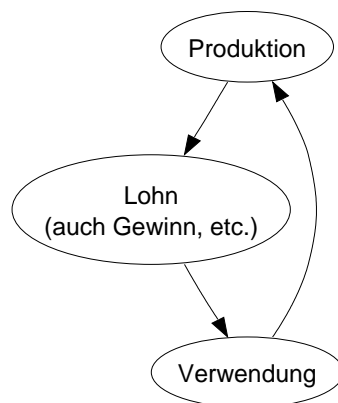
[Marktpreise; Problem: Lagerwerte]

1.2.1 Schlüsselindikator BIP bzw. BSP

BIP = $\frac{\text{Alle Sachgüter und Dienstleistungen, bewertet in €}}{\text{Jahr}}$ innerhalb eines Landes (bei BSP: von den Menschen mit Hauptwohnsitz in einem Land)¹

Mögliche Messpunkte:

- Bei der Entstehung (Produktion)
- Bei der Verteilung der Entgelte auf die Produktionsfaktoren
- Bei der [letzten] Verwendung der Güter (Export, Konsum, Investition, Staatskonsum²)



10.10.2005

[Preisindikatoren mit/ohne Einrechnung der Inflation?]

[Öleffizienz (andere Energieformen (Atomkraft?)?)]

[Arbeitslosenzahlen (%? geogr. Verteilung?)]

¹bei uns sind BIP und BSP fast identisch, weil wir fast gleich viele Aus- und Einpendler haben

²z.B. Bundeswehr; Staat entzieht Güter; Güterwegkauf; Nicht-Nutzung oder Verbratung → verloren

1.2.2 Idealisierter Konjunkturverlauf

[BIP-t-Diagramm: Konjunkturzyklus (ca. 7 a), Schwankungsbreite (ca. 3 %)]

Phasen:

- Aufschwung (auch Wiederbelebung, Expansion)
- Hochkonjunktur (auch Boom)
- Abschwung (auch Krise, Kontraktion, Flaute, Rezession)
- Depression (auch Rezession)

[B. S. 15–17]

11.10.2005

1.2.3 Typische Indikatorveränderungen in den verschiedenen Konjunkturphasen

Aufschwung

- Auftrageingänge steigen
- Konsumbelebung (Inlandsnachfrage)
- Kapazitätsauslastung besser
- Leichte Verbesserung des Arbeitsmarkts
- Geschäftsklimaindex steigt deutlich
- Staatsnachfrage³, Auslandsnachfrage, Investitionsgüter-nachfrage beleben sich
- Produktionszahlen steigen
- Aktienkurse steigen

Hochkonjunktur

- Weiterhin hohe Auftragszahl
- Viele bzw. alle Nachfragekomponenten auf hohem Niveau

³z.B. Straßenbau, Krankenhäuser etc.

- Rege Investitionstätigkeit
- Lange Lieferfristen
- Arbeitslosenzahl/-quote sinkt
- Einkommen steigen
- Preise ziehen an⁴
- Steigernde Zinsen
- [Langsameres Steigen der Aktienkurse?]

17.10.2005

[Hohe Preise → Rückgang der Nachfrage → Depression → Kleinere Preise → Größere Nachfrage → Aufschwung]

[10 € Zutaten → 15 € Verkauf → 5 € Wertschöpfung]

[Mehrwert mitnehmen geht nicht, nur Verwendung möglich]

[Deutsche Einigung → Boom]

18.10.2005

[Abschwung

- Steigerung der Lagerbestände
- Weniger Kapazitätsauslastung
- Kurzarbeit (statt Entlassung; wg. Optimismus und Kündigungsschutz → kostspielige Entlassungen)
- Leichte Steigerung der Arbeitslosigkeit]

[Depression

- Starke Erhöhung der Arbeitslosenquote
- Verunsicherung („geht noch weiter bergab“) → weniger Konsum („sonst verlier´ ich meinen Job“) → Preisrückgänge, Warten auf noch niedrigere Preise → weitere Preisrückgänge etc.
- Wenig Investitionstätigkeit (Geldmangel, hohes Risiko; Gegenargumente: Wunsch, beim Wiederaufschwung vorne mit dabei zu sein, technischer Fortschritt und Tatsache, dass Maschinen billiger als Arbeitskräfte sind)]

[Probleme mit Prozentrechnung]

24.10.2005

[Dampfmaschine, Elektrizität]

Beobachtungen der Vergangenheit zeigen, dass die **Weltwirtschaft** ebenfalls zyklisch verläuft. **Kondratieff-Wellen** (ca. alle **50 Jahre**) aufgrund von **bahnbrechenden Erfindungen** und deren **vielfältige Anwendung**.

Außerdem gibt es innerhalb einer Volkswirtschaft für **bestimmte Branchen saisonale Schwankungen** (z.B. Bau, Einzelhandel, Tourismus) aufgrund von **klimatischen** und **kulturellen Gegebenheiten**. Nach Möglichkeit versuchen die Betroffenen einen Ausgleich durch Phasenverschiebung (z.B. Schöller Eis/Lebkuchen).

25.10.2005

1.2.4 Hauptmerkmale der deutschen Wirtschaftsstruktur

(Konjunktur: wirtschaftliche Aktivität zur Zeit, Struktur: vorhandene Branchen, Potenziale etc. mittel- bis langfristig)

[Investiertes Geld heißt „Kapital“, nicht „Geld“]

[Deutschland hat viel Kapital (Auslandskapital (weil wir kreditwürdig waren)), aber wenig eigenes (u.a. weil Wertzerstörung durch zwei Weltkriege)]

- Rohstoffarmut
- Qualifizierte Arbeitskräfte [Know-how, Arbeitsmentalität, etc.]
- Gute Kapitalausstattung (insbesondere mit Fremdkapital (FK))
- Überwiegend günstiger Standort [hohe Bevölkerungsdichte, Lage in Zentraleuropa]

→ Veredelungswirtschaft mit starker Exportorientierung⁵

14.11.2005

- Über 7 % des BIP kommen vom Außenbeitrag (eXport - iMport) im Jahr 2004! [Exportüberschuss („Außenhandelsüberschuss“)]

⁴weil ja auch mehr Einkommen zur Verfügung

⁵ca. 30 % unseres BIPs ist dem Export zuzuschreiben, 27 % dem Import (XXX?) → 7 % durch Außenhandel

- Breites Exportsortiment, insbesondere Fahrzeug- und Maschinenbau, Verfahrenstechnik, Chemie, Lebensmitteltechnologie [„Kaffeebeutel“], Elektrotechnik
- Aufstrebender Dienstleistungssektor, insbesondere Finanzbereich, Logistik [„Kompost“], Service, Kommunikation(stechnik), Umwelttechnologie/-logistik

Aber:

- Häufig Produktion ins Abnehmerland oder Billiglohnland verlegt [Know-how wird exportiert, aber Produktion im Ausland]; auch bei eingebauten Vorprodukten → Wertschöpfung im eigenen Land wird geringer.
- Disparitäten [Ungleichheiten, Unterschiede] sowohl sektoral [je nach Branche] als auch regional

[Strömungen „gut → schlecht“: Süden → Norden, Westen → Osten]

15.11.2005

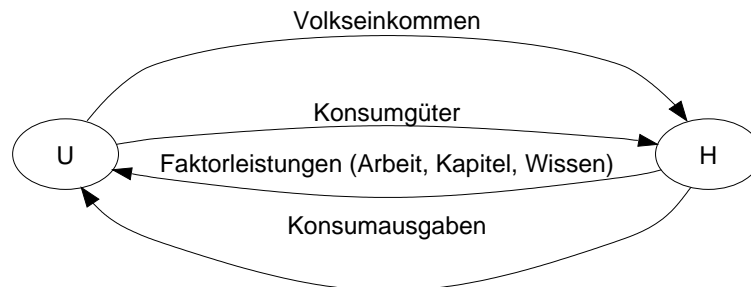
1.3 Modell des Wirtschaftskreislaufs

- Akteure heißen Wirtschaftssubjekte.
- Handlungsbeziehungen zwischen Wirtschaftssubjekten heißen Transaktionen.
- Gleichartige Wirtschaftssubjekte bzw. Transaktionen werden aggregiert, unter Beachtung des Modellzwecks.
 - Wirtschaftssubjekte → Sektoren (z.B. alle Haushalte)
 - Transaktionen → Ströme (z.B. alle Konsumausgaben des Haushalts)

[Spannung gegeben durch Nutzungsgewinnung beim Lauflassen von Strömen]

21.11.2005

1.3.1 Der einfache Wirtschaftskreislauf [deklinierendes Modell]



[Volkseinkommen und Konsumausgaben sind Geldströme, Faktorleistungen und Konsumgüter sind Güterströme]

[Konsumausgaben und Konsumgüter sind gleich groß; ebenso das Volkseinkommen und die Faktorleistungen]

U

Alle Unternehmer, inklusive Industrie, Handwerk, Banken, Versicherungen, landwirtschaftliche Betriebe, Ärzte (freie Berufe), öffentliche Versorgungsbetriebe, Bahn, Post etc.

= produzierende Wirtschaftssubjekte

H

Alle privaten Haushalte und Ansteller, Vereine, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften usw.

= konsumierende Wirtschaftssubjekte

[Gangloff-Alaska-Beispiel]

[Kombination der Produktionszutaten hat Wert; Name: Unternehmerleistung, Entlohnung durch Gewinn]

[Möglichkeiten für Arbeiter, am Gewinn teilzuhaben: organisatorische Hilfe, Streik (Organisation ohne Arbeiter nutzt nicht viel)]

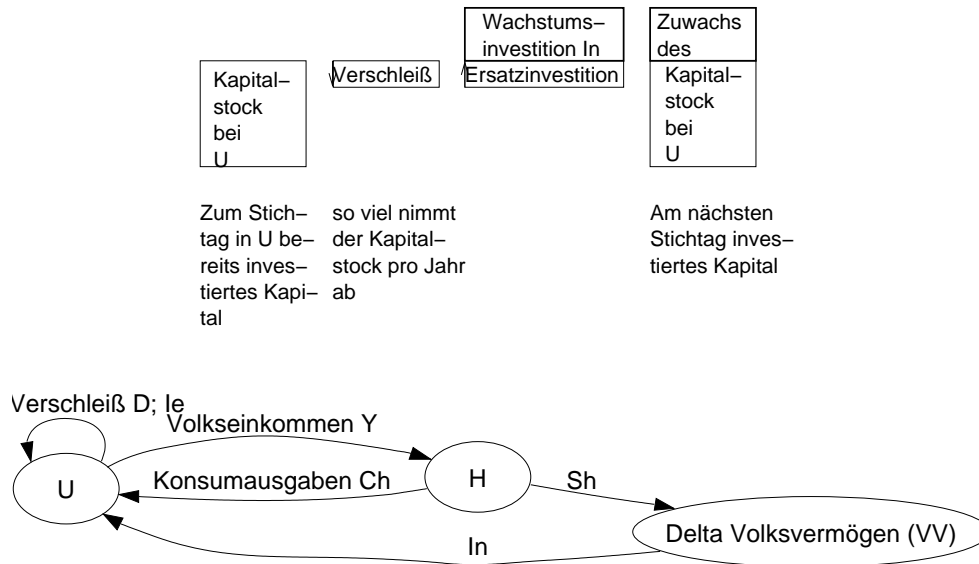
[Güter können individuell mehr wert sein als ihr Marktpreis ist, z.B. Briefmarke für Sammler]

[Probleme bei diesem Modell: Fehlen von Export/Import, Haushalte geben nicht alles aus, sondern sparen auch, Fehlen von Investitionsgütern]

[Außerdem wäre nach zehn Jahren jeder bankrott, weil Maschinen kaputt, Gebäude kaputt etc.]

22.11.2005

1.3.2 Evolutorisches Modell



Sicht von U: $Y = C_H + I^n$

Sicht von H: $Y = C_H + S_H$ (Sparen bei H)

$\Rightarrow I^n = S_H$ (KEYNEsche Investitionsgleichung)

28.11.2005

$[I^n = 0 \leftarrow$ stationäres Modell]

1.3.3 Wodurch werden die Entscheidungen beeinflusst?

Unternehmen: Investitionen $\rightarrow I_{\text{gepl.}}^n$

- Gewinnerwartungen
- Absatzerwartungen
- Kreditzinsen [z.B. Immobilien im Ausland (z.B. Spanien, England), weil dort die Zinsen geringer als die Wertsteigerung der Immobilien ist]
- Investitionsförderung [z.B. staatliche Subventionen, Steuererlässe]

Haushalte: Sparen $\rightarrow S_{H,\text{freiwillig}}$

- Sparzinsen
- Preisentwicklung [fallende Preise → warten auf noch niedrigere Preise → paar Produzenten gehen bankrott → die übrigen Produzenten können mit dem Preis wieder hochgehen → Leute kaufen „solange es noch billig ist“; d.h. bei Erwartung steigender Preise kaufen Leute mehr]
- Einkommensstärke
- Sparförderung

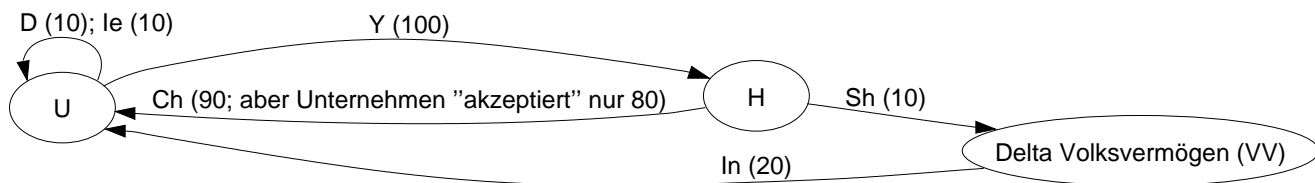
→ Übereinstimmung wäre rein zufällig (ex ante, im voraus)

Aber: Übereinstimmung wegen KEYNEscher Investitionsgleichung (ex post, am Schluss)

→ Ausgleichsmechanismus von ex ante zu ex post notwendig!

01.12.2005

1.3.4 Mögliche Ausgleichsreaktionen



$$H: 100 = 90 + 10$$

$$U: 80 + 20 + 10 = 100 + 10$$

$$VV: 10 \neq 20$$

ex ante Ungleichgewicht

Situation: $I^n > S_H$

05.12.2005

$$I_{\text{gepl.}}^n (20); S_{H,\text{freiw.}} (10)$$

a) Realausgleichsmöglichkeiten

- Wartezeit für überschüssiges C_H [„ein Schritt in die Zukunft“]
→ $S_{H,\text{unfreiw.}}$

- Überschüssiges C_H wird aus Lagerbeständen bedient [„ein Schritt in die Vergangenheit“].
→ negatives $I_{\text{ungepl.}}^n$ (Kapitalstock bei U vermindert sich um den Lagerbestandsverkauf)

$$I_{\text{gepl.}}^n + I_{\text{ungepl.}}^n = S_{H,\text{freiw.}} + S_{H,\text{unfreiw.}}$$

$$20 + \begin{matrix} 0 \\ -10 \end{matrix} = 10 + \begin{matrix} 10 \\ 0 \end{matrix}$$

b) Ausgleichsmöglichkeiten mit Preisveränderungen (monetärer Ausgleich)

- Güter (aus laufender Produktion [könnte aber theoretisch auch aus Lagerbeständen sein]) werden teurer gemacht ($80 \rightarrow 90$)
→ unerwartete Gewinne bei Unternehmerhaushalten
 $S_{H_{\text{Unt.}},\text{unerwartet}}$ (10) [zusätzlich noch zum restlichen, üblichen Gewinn in Y]

06.12.2005

[In der Realität häufiger: Lagerbestandsverkauf, weil Konkurrenzdruck („wenn du mich auf die Warteliste setzt gehe ich halt zu ´nem anderem“); und außerdem freuen sich auch die Unternehmen, wenn sie ihr Lager kleiner kriegen können (ansonsten bleiben sie sonst evtl. auf der Ware sitzen); andererseits aber auch evtl. schlechtere Ware im Lage (älteres Modell etc.) → geringerer Preis erforderlich]

[In der Realität quasi immer: Mix aus Realausgleich und monetärem Ausgleich; evtl. je nach Saison unterschiedlich]

[Man könnte theoretisch den Realausgleich dadurch messen, indem man sich die Preisveränderungen anschaut.]

[Das Statistische Bundesamt holt sich die Zahlen für die BIP-Bestimmung vom Finanzamt, und das wiederum bekommt sie durch die monatlichen Mehrwertsteuererklärungen der Unternehmen, ist also relativ schnell das ganze.]

[Kapitalstock sinkt (steigt) \Leftrightarrow negatives (positives) Delta Volksvermögen; Delta Volksvermögen (ΔVV) zeigt also an, ob der Kapitalstock steigt oder sinkt.]

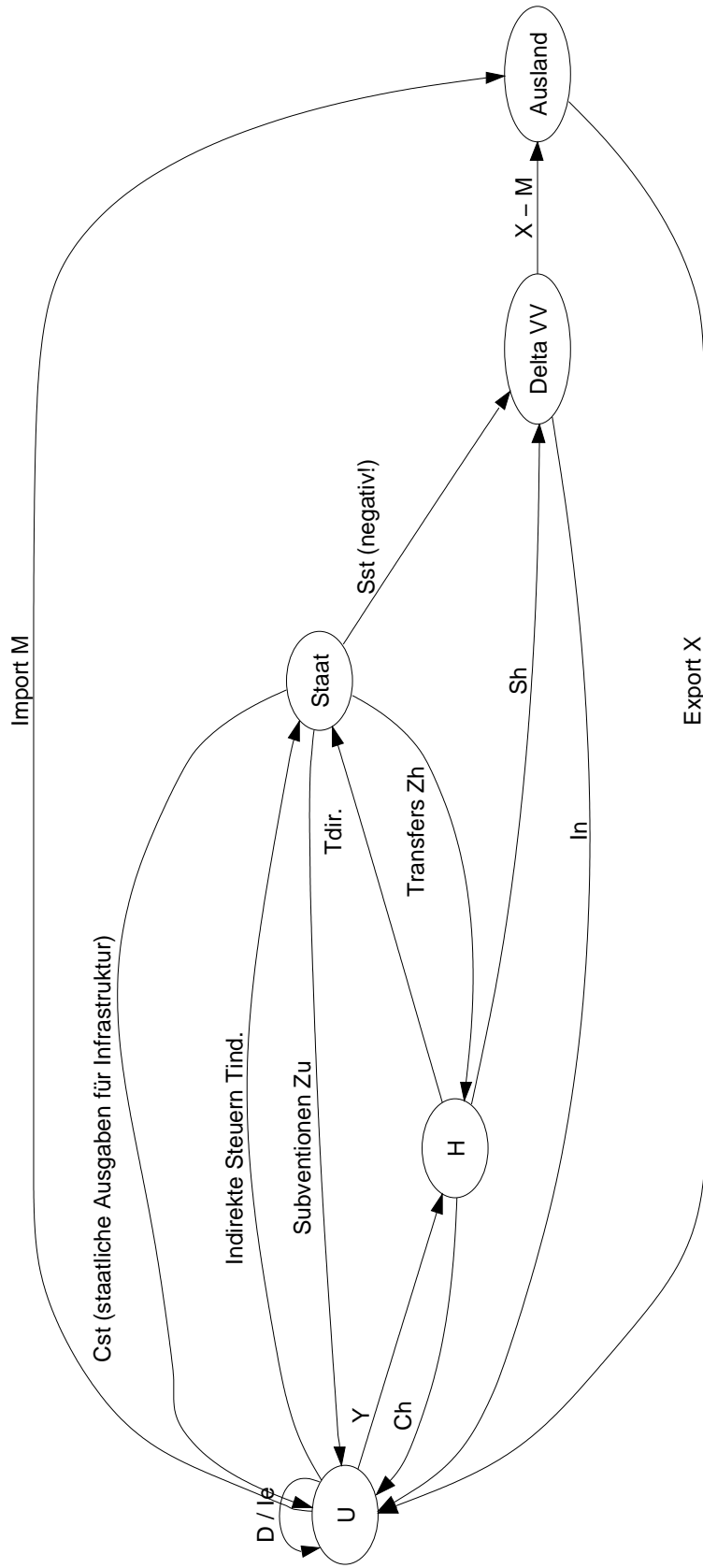
[Zu I^n und S_H gibt es keine direkten Güterströme (im Gegensatz zu C_H und Y); wenn man´s trotzdem annehmen will, dann könnte

man z.B. Wertpapiere nehmen, also allgemein den Erwerb von Forderungen (z.B. dass man sein Geld zurückbekommen hat)]

[Kapitalstock wird erreicht durch XXXInvestition, wird gesteigert durch Nettoinvestition; der Kapitalstock ist der Wert eines Unternehmens; auch neue coole Erfindungen und das Image etc. können den Kapitalstock steigern; Bewertung erfolgt durch den Markt; „Wie viel würd´ ich für den Verkauf des Unternehmens bekommen?“ „Wie viel Rendite wenn ich´s behalt?“; Kapitalstock ist nicht fest, da immer Marktbeurteilung.]

[Dinge selbst haben keinen Wert, nur „was bekommt man beim Verkauf/Benutzung“]

[Ideelle Sachen fließen eigentlich nicht ins BIP ein (z.B. Gesundheit etc.), Ausnahme: Marken]



[Anmerkungen:

- Import und Export wie eingezeichnet sind Geldströme; das Ausland zahlt für den Export eines gewissen Produkts aus Deutschland heraus ins Ausland
- Indirekte Steuern sind z.B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, direkte Steuern sind z.B. Einkommensteuer, Lohnsteuer, Hundesteuer etc.⁶
- Das negative S_{St} beschreibt die Bedienung des Staats bei ΔVV . Alternativ könnte man die Pfeilrichtung auch umkehren und dann mit „Kreditaufnahme des Staates“ betiteln.
- Investition der $X - M$ in Forderungen ans Ausland]

[Kapital ist Geld, das investiert und in Vermögen umgewandelt wird; Kapital braucht man, um Vermögensdinge zu kaufen; Kapital ist das Mittel, Geld ist die Quelle, Vermögen ist XXX]

23.01.2006

$$BIP_M = C_H + C_{St} + I^{br} + X - M$$

$$BIP \underbrace{F}_{\text{Faktorleistungen}} = BIP_M - T_{ind.} + Z_U \quad [U \text{ kann billiger produzieren}]$$

$$NIP_F = BIP_F - D \quad [\text{oder } I^e]$$

$$NIP_F \hat{=} Y$$

$$\text{Gesamtwirtschaftliche Nachfrage } N: N = C_H + C_{St} + I^{br} + X$$

$$\text{Gesamtwirtschaftliches Angebot } A$$

$$\text{Produktionswert} - \text{Vorleistungen} = \text{Bruttowertschöpfung}$$

23.01.2006

- Annahme: $A = N$

$$\underbrace{BPW}_{\text{Bruttoproduktionswert, =PW-VL}} + M = C_H + C_{St} + I^{br} + X$$

⁶Wikipedia: **Direkte Steuern** werden unmittelbar vom Steuerschuldner erhoben. Bei direkten Steuern sind Steuerschuldner (gesetzlich bestimmt) und Steuerträger (derjenige, welcher die Steuer tatsächlich zahlt) personenidentisch. Beispiel: Bei der Hundesteuer ist der Hundehalter gesetzlicher Steuerschuldner und er zahlt sie auch. **Indirekte Steuern** muss nicht der eigentliche Steuerschuldner leisten, sondern stellvertretend eine andere Person (Steuerträger), welche die entsprechende Belastung an den eigentlichen Steuerschuldner weitergibt.

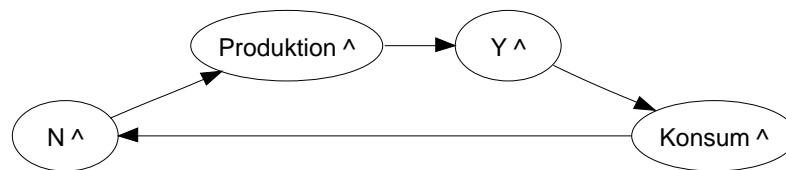
[B. S. 102 oben]

[Preisanstieg, Wechselkurse (z.B. Abwertung der eigenen Währung), Streiks, Bildung, Qualität, Zölle, Kontingentspolitik (zollfreie Einfuhr bis zu einer bestimmten Grenze)]

24.01.2006

- A und N im Ungleichgewicht (XXX):

Z.B.: $A < N$, expansiver Effekt:



[Mehrwertsteuererhohungen bei höherem Y/C]

[Auch möglich: Anlage von zustazlichem Einkommen in Fonds, und damit im Ausland; damit kein zustazlicher Konsum im Inland und damit kein expansiver Effekt]

- Marginale Konsumquote = $\frac{\Delta C}{\Delta Y}$
- Marginale Sparquote = $\frac{\Delta S}{\Delta Y}$

Je höher die marginale Konsumquote, desto stärker die Expansionswirkung! → Multiplikatoreffekt!

Bei I^{br} -Nachfrage kommt zustazlich ein Vorzieheffekt zum Tragen, da die Investition heute schon bezahlt wird, obwohl sie für z.B. fünf Jahre kalkuliert ist! → Akzellerator

30.01.2006

- Falls $A > N$:

Kontraktiver Effekt (analog zu expansivem Effekt, nur negativ); dabei wirken ebenfalls Multiplikator und Akzellerator verstärkt negativ [„Trägheit“: Fehlen von neuen Investitionen (aber immer noch Reste vom Vorzieheffekt)], wobei sich evtl. sogar noch die marginale Konsumquote abschwächt wegen Angstsparen.

[Sparmaßnahmen des Staats → weniger C als üblich → weniger N → ...]

[Ausland bei beiden Situationen (A kleiner und größer als N) relativ unabhängig, aber z.B. mehr Export bei kleineren Preisen im Inland und weniger Export bei höheren Preisen im Inland (bei Annahme eines relativ preisstabilen Auslands)]

[Staat (Grundaussgaben immer notwendig) und Kostspieligkeit von Entlassungen als hemmende Faktoren]

Bei beiden Effekten (kontraktiv und expansiv) kann man eine Verstärkung durch prozyklisches Verhalten der Wirtschaftssubjekte (U , H , St) feststellen.

[Wirtschaft braucht Planungssicherheit; daher kontraktiver und expansiver Effekt (!) schlecht]

→ Starke Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität sind für alle Wirtschaftssubjekte schlecht, da keine Planungssicherheit und entsprechende Anpassungsverluste entstehen [z.B. umsonst getätigte Investitionen, fehlende Investitionen, etc.].

31.01.2006

[Wendepunkt vom expansiven Effekt:

- Überhitzung
- Abstrus hohe Preise
- „Lieber jetzt verkaufen, bevor es wieder schlecht wird“]

[Wendepunkt vom kontraktiven Effekt:

- Genug kleine Preise
- Neue, attraktive Produkte
- Einsparungen in der Verfahrenstechnik
- Ausland
- Ersatzinvestitionen
- Glaube/Hoffnung („jetzt war’s sooo lange schlecht, jetzt muss es wieder gut werden“)]

31.01.2006

1.4 Staatliche Wirtschaftspolitik

Ziele:

- Konjunkturausgleich (Abfederung des expansiven und kontraktiven Effekts)
- Umverteilung für das Gemeinwohl
- Förderung der Leistungsbereitschaft/-fähigkeit

Mögliche Mittel:

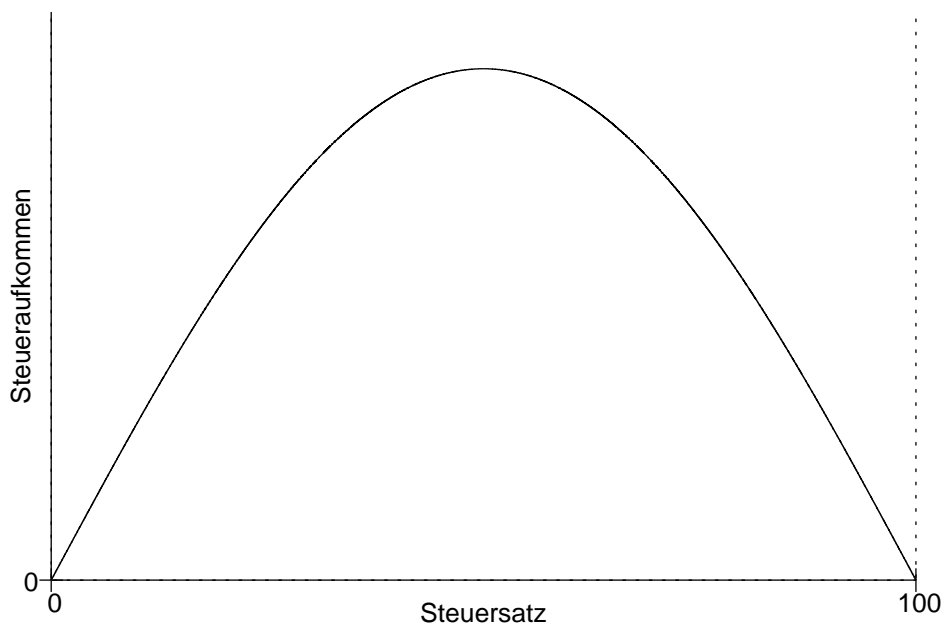
- Steuerung eigener Einnahmen bzw. Ausgaben (Staatshaushalt)
- Gesetzgebung

06.02.2006

[B. S. 152ff.: Wichtige Steuern, Einnahmen/Ausgaben, ...]

1.4.1 Überlegungen zur Steuerhöhe

[Laffer-Kurve:]

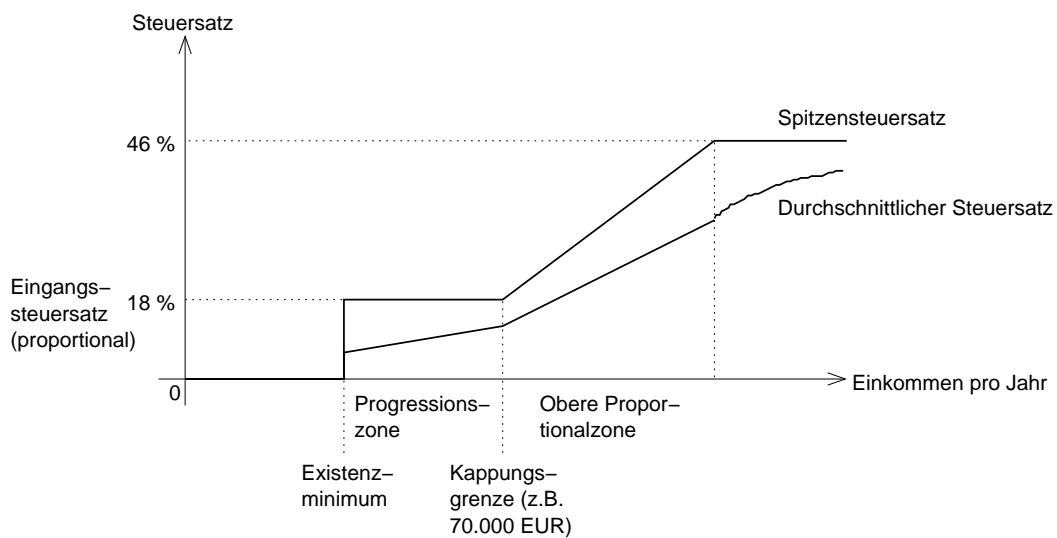


→ Vermeidungsverhalten

- Ausland
- Schwarz[arbeit]
- Leistungsreduzierung

13.02.2006

1.4.2 Typischer Steuersatzverlauf (Einkommenssteuer)



[Splitting (Wikipedia): Beim Splitting handelt es sich um eine in § 1587b Abs. 1 BGB geregelte Form des im Rahmen einer Ehescheidung vom Familiengericht durchzuführenden Versorgungsausgleichs.

Durch das Splitting werden die von den Ehegatten während der Ehezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung erworbenen Rentenanwartschaften mittels Übertragung ausgeglichen. Die Übertragung findet statt, indem vom Familiengericht die Hälfte des Wertunterschiedes der von den Ehegatten in der Ehezeit erworbenen Anwartschaften an denjenigen Ehegatten mit den geringeren Anwartschaften übertragen wird.]

14.02.2006

1.4.3 Finanzpolitik

Definition:

[Schema: Bestimmte Ausgangssituation → Staatshaushalt (Höhe; Zusammensetzung; Ausgaben; Einnahmen) → bestimmte Ziele (Prioritäten)]

[B. S. 28f.]

20.02.2006

[Wie Messung der Preisniveaustabilität?

- Warenkorb
- Wunsch nach möglichst konstanter Zusammensetzung (zwecks Vergleichbarkeit)
- Aber auch Anpassung an wechselnde Verhältnisse notwendig
- Problem auch: Inflation]

21.02.2006

[Verschiedene Arten von Arbeitslosigkeit:

- Saisonale Arbeitslosigkeit
- Friktionelle Arbeitslosigkeit (Jobwechsel)
- Konjunkturelle Arbeitslosigkeit (Abhängigkeit von der Konjunkturphase, Auswirkung auf alle Bereiche)
- Strukturelle Arbeitslosigkeit (Auswirkung auf nur bestimmte Bereiche; Beispiel: Umstellung im Ruhrgebiet von Kohle auf XXX), Längerfristigkeit (keine Erholung bei Konjunkturaufschwung)]

[Bei hoher Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit Radikalisierung („schlechter kann’s ja nicht mehr werden“); Anteil der Leute, die sich für Loser halten, soll deswegen möglichst gering sein.]

[Zweiter Arbeitsmarkt]

[Demographische Entwicklung]

07.03.2006

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Überschussland (z.B. D; $X > M$)	Defizitländer (z.B. USA; $X < M$)
Gütermenge ↓ (wg. X)	Gütermenge ↑ (wg. M)
Geldmenge ↑	Geldmenge ↓

Konsequenzen im Überschussland:

- Inflationsgefahr
[Kann man aber recht problemlos in Griff bekommen – die Zentralbank pumpt einfach weniger Geld rein]
[Solange das Geld ´rausgeht und **draußen** vershoppt wird, hat das Überschussland keine Inflation]
- Eigene Währung unter Aufwertungsdruck [Aufwertung = Währung wird gefordert (z.B. wird Geld in diese Währung umgetauscht) oder die Leute, die Geld in dieser Währung haben, wollen´s nicht hergeben]
[Damit Belastung der Exportpreise]
- Wettbewerbsverschlechterung (wg. Aufwertung der eigenen Währung)

Konsequenzen im Defizitland:

- Abnahme bei Devisenvorraten [Land kann nicht mit irgendeiner Baby-Währung, sondern nur mit anerkannten Währungen (z.B. Euro, Dollar) zahlen]
- Eigene Währung unter Abwertungsdruck
- Verschuldung
- Ausverkauf an Volksvermögen
- Eigene Wertschöpfung wird reduziert (wg. M) [die Arbeit **des Auslands** wird ja belohnt]

[Wirtschaftswachstum

- Sicherung von Arbeitsplätzen
- Weniger Staatsausgaben (z.B. weniger Arbeitslosengeld), mehr Einnahmen (Steuern)
- Konkurrenzfähigkeit (→ Haltung des Exportstands)
- Erleichterung struktureller Anpassungen (die ja nötig sind; „Pufferwirkung“)
- Erleichterung der Geldumverteilung (muss nichts wegnehmen, bekommt nur weniger von Zuschüssen/vom Zuwachs)
- Wohlstand, sozialer Friede
- Nominales vs. reales Wirtschaftswachstum:
 - Beim realen Wirtschaftswachstum werden nur Mengenveränderungen betrachtet, ausgedrückt in Preisen eines Basisjahrs.
 - Beim nominalen Wirtschaftswachstum werden Preisveränderungen ignoriert, also nicht herausgerechnet.]

14.03.2006

[Konjunktur ← bei bestehender Struktur bessere Auslastung (z.B. der Maschinen); gute Konjunktur begünstigt die Struktur (leichtere Anpassungen)]

[Struktur ← Investitionen passen nicht auf Nachfrage; schlechte strukturelle Entwicklung impliziert schlechte Konjunktur]

20.03.2006

Die Ziele stehen zueinander in Beziehung

- Komplementär (ergänzend, fördernd)
 - z.B. Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigung
 - [z.B. Wirtschaftswachstum und gerechte Einkommensverteilung: Ausgleich einfacher möglich]
 - [z.B. Preisniveaustabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht (i.d.R.): Wenn außenwirtschaftliches Gleichgewicht herrscht, gibt's keinen negativen Einfluss auf das Preisniveau, also z.B. keine Inflationstendenz]

- Konkurrierend (gegenläufige Wirkung)
z.B. Wirtschaftswachstum und Preisniveaustabilität [bei mehr Wachstum höhere Nachfrage; damit Wunsch der Unternehmer nach höheren Preisen, also Preisveränderungen nach oben. Aber natürlich auch: Wenn gar nicht mehr auf die Preisniveaustabilität geachtet wird bricht das ganze System zusammen.]
- Ambivalent [„so oder so“]/neutral [unabhängig] (je nach Lage)
z.B. Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht [falls z.B. die Wirtschaft in einem Defizitland wächst, wird es entweder noch defizitärer (jetzt ist mehr Geld zum Import da) oder – wenn die eigenen Waren wettbewerbsfähig sind – werden die Exporte zunehmen]
[z.B. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz: Zwar machen z.B. die Autohersteller leichten Verlust wegen teureren Preisen durch notwendige Filter, allerdings können Filterhersteller jetzt natürlich Gewinn machen. Und die meisten kaufen eh trotzdem weiterhin Autos (20.000 € vs. 20.500 € . . .). Siehe auch die Digitalkameraentwicklung: Umweltschutz (keine Filme mehr, Ausdrucken nur noch weniger Bilder etc.) kommt der Wirtschaft aktiv zugute!]

Da einige Ziele konkurrierend sind, wäre es Zauberei, **alle gleichzeitig** zu erreichen. → „Magisches Vier-“ bzw. „Sechseck“

Konsequenz: Prioritäten setzen je nach Dringlichkeit

[„Lieber 5 % Inflation statt 5 % Arbeitslosigkeit“ funzt nicht, weil der expansive Effekt, dessen Eintreten angestrebt wird und der den Wertverlust des Gelds nachträglich korrigieren würde, evtl. nicht eintritt; dann hätte man Stagflation. . .]

21.03.2006

[Man kann nicht sagen, „das ist ein echter Job und das ist ein unechter“ – das Denken macht den Wunsch bzw. den Wert aus.

Wenn man denkt, dass Umweltschutz gut ist, ist man auch bereit, zwei Cent mehr pro Joghurtbecher zu zahlen.

Der Staat/Werauchimmer muss einfach nur das richtige Denken (z.B. Umweltschutz) im Denken der Bevölkerung installieren (z.B. durch Werbung, Erziehung etc.)]

24.04.2006

1.4.4 Antizyklische Haushaltspolitik

[Parallelpolitik (prozyklische Politik) ↔ antizyklische Haushaltspolitik (B. S. 157ff.)]

Gesetzliche Grundlage: Stabilitätsgesetz (1967)

Ziele: Magisches Sechseck

Instrumente:

- Information
 - Jahreswirtschaftsbericht (§ 2) [„Sieben Weisen“]
 - Subventionsbericht (§ 12)
- Planung
 - Finanzplan (§ 9)
 - Investitionsprogramme (§ 10), auch als „Schubladenprojekte“ (§ 11)

[Schubladenprojekte ← Man arbeitet einen Plan aus (langwieriger Prozess), legt ihn dann aber vorerst beiseite. Später, wenn man die Konjunktur durch Erhöhung von C_{St} ankurbeln will, holt man den fertig ausgearbeiteten Plan wieder ´raus.]
- Koordination
 - Konjunkturrat (§ 18)
 - Finanzplanungsrat
 - (Konzertierte Aktion [Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat planen einvernehmlich (beispielsweise Lohnpolitik); hat aber nicht so gut geklappt, weil die Gewerkschaften meinten, der Staat sei eher für die Arbeitgeber, das sei unfair])
- Eingriffe
 - Δ Staatsnachfrage inkl. Subventionen (§ 6)
 - Δ Einkommens- und Körperschaftssteuer (§ 2)

[Die Regierung darf ohne Bundestagszustimmung die Einkommens- und Körperschaftssteuern um $\pm 10\%$ zeitlich auf maximal ein Jahr begrenzt ändern (B. S. 166)]

- Δ Abschreibungssätze
[Wenn der Staat will, dass die Unternehmen mehr Geld haben, ändert er beispielsweise die Mindestabschreibungspflicht von Computern von drei auf zwei Jahre. Daraufhin kauft der Unternehmer mehr, um noch mehr abschreiben zu können, um weniger Steuern zahlen zu müssen, und kurbelt damit die Wirtschaft an.]
- Δ Kreditaufnahme, Konjunkturausgleichsrücklage [„Karl“] (§ 3)
[Kein EU-Staat bekommt frisch gedrucktes Geld von der Zentralbank; stattdessen muss er zum öffentlichen Kapitalmarkt gehen, und gegebenenfalls höheren Zinsen zustimmen. (→ Gegen Inflation)]
[Konjunkturausgleichsrücklagen ← Aufheben von Haushaltsüberschüssen; vgl. auch: „Der Staat kann nicht sparen“ – Politiker, die versprechen, Geld bei der EZB wegzusperren statt „sinnvoll zu nutzen“, werden nicht gewählt. . .]

Probleme der antizyklischen Wirtschaftspolitik

- Abstimmung der Maßnahmen
- time lag (Erkennen, Beschließen, Wirken) [im Staat selbst, dann beispielsweise bei den Steuerberatern, dann in den Unternehmen etc. – das Problem dabei ist, dass sich die Wirtschaftslage ja ständig ändert; dann könnten viele Aktionen die Realität total verfehlen; Außerdem: Wenn man die Gesetze (die Rahmenbedingungen) häufig ändert, fehlt eine stabile Basis → Keine/wenig Planungssicherheit nicht („könnte sich ja wieder ändern, also lieber zurückhalten“) → zurückhaltendes Investitionsverhalten (→ bald altmodische/veraltete Technologien/Waren), wenig Neueinstellungen etc.]
- Dosierung
- „Manövriermasse“ im Haushalt gering wegen gesetzlicher Bindung [„Kindergeld“]
- [Kurzfristig, Stop & Go; Vernachlässigung der Struktur; die antizyklische Fiskalpolitik wirkt nicht strukturverbessernd, weil sie Investitionen in der Hochkonjunktur zurückhält]

02.05.2006

24.04.2006

[Möglich, dass eine Maßnahme gegen Konjunktur zwar die Konjunktur bremst, aber auch die Struktur schwächt – das ist ein Problem, wenn man später, wenn die Konjunktur schlecht ist, die Wirtschaft wieder ankurbeln will. Internationaler Wettbewerb!]

02.05.2006

1.4.5 Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Wegen der vielen Nachteile der antizyklischen Fiskalpolitik Übergang zur **angebotsorientierten Wirtschaftspolitik** (in Deutschland etwa ab 1982)

Grundgedanke: Alles tun, was die Produktionsbedingungen der (privaten) **Unternehmen** nachhaltig stärkt; insbesondere Stärkung von I^{Br} und der Gewinne als Finanzierung von I^{Br} . Also eine Verbesserung der **Struktur** (nicht so sehr Konjunktur).

25.04.2006

[Monetaristen ← Staat soll ruhig bleiben, nicht einschreiten; Badewannentheorie (wenn man in der Badewanne keine Wellen haben will, bringt es nichts, jede Welle mit der Hand „auszudrücken“ – stattdessen darf man sich nicht bewegen)]

02.05.2006

Konkrete Möglichkeiten:

- Investitionsförderung durch Zulagen (Z_U) oder kürzere Abschreibungsdauer ($T_{dir. \downarrow}$)
[→ durch Investitionen bessere Produkte → wir kaufen bei unseren Unternehmen, und sogar das Ausland kauft bei uns → Sieger im Wettbewerb → Arbeitsplätze → nicht nur den Unternehmen, sondern auch dem Volk geht's gut]
- Steuervergünstigungen für U ($T_{dir. \downarrow}$) durch weniger hohe Steuersätze
- Abbau von hindernden (Schutz-)Vorschriften (Bürokratie, Umwelt, Arbeitnehmerschutz)
- Absenkung der Lohnnebenkosten [50:50-Anteil an Versicherungszahlungen teuer etc. → Ersetzung menschlicher Arbeitskräfte durch Maschinen oder gar keine Neueinstellungen]
- [Subventionen ja, aber nur für zukunftssträchtige Produkte/Technologien (also beispielsweise nicht Kohle ;)]

08.05.2006

- [Privatisierung]
- [Staatliche Haushaltskonsolidierung: Der Staat soll möglichst wenig Schulden machen (monetaristischer Ansatz), weil er die Zinsen für Kredite hochtreibt, wenn er sich Geld leihen will – andere Unternehmen wollen vielleicht auch was leihen.

Dann gibt's zwei Möglichkeiten: Entweder sie können die geforderten Zinsen nicht zahlen, dann können sie das Geld nicht leihen und nicht investieren etc. Oder sie gehen mit, verteuern dann aber natürlich ihre Produkte, um die hohen Zinsen wieder auszugleichen. In beiden Fälle sinkt die Wettbewerbsfähigkeit.]

[Deswegen auch der Stabilitätspakt, BTW.]

- Gleichmäßige und berechenbare Geldpolitik der EZB [damit sich die Unternehmen einstellen können – ansonsten gäb's evtl. Projekte, die nachträglich in den Sand gesetzt werden müssten.]

1.4.6 Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank (EZB)

[ESZB = EZB + alle 25 nationalen Zentralbanken]

Aufgaben:

- Banknoten in Umlauf bringen (Münzen prägen die Euro-Länder)
- Zahlungsverkehr organisieren
- Bankenaufsicht (teilweise)
- Refinanzierung der Geschäftsbanken (Zentralbankgeld als Kredit [Zinssatz dieser Kredite ist der Leitzins]); [damit kann der Euro in Umlauf gebracht werden]
- Verwaltung [20 %] der Währungsreserven (teilweise noch bei den nationalen Zentralbanken)
- Interventionen am Devisenmarkt [durch Regulation des Euro-Angebots oder durch Nachfrage anderer Währungen mit dem

Euro (Koordination mit anderen großen Zentralbanken erforderlich, damit die Aktionen anderer Banken die der EZB nicht zunichte machen)]. [Wenn möglich aber nicht, da insbesondere ein höheres Euro-Angebot schädlich sein könnte (→ Inflation etc.).]

Hauptaufgabe: Sicherung der Kaufkraft des Euros in Euro-Land → Preisniveaustabilität (vorrangig)

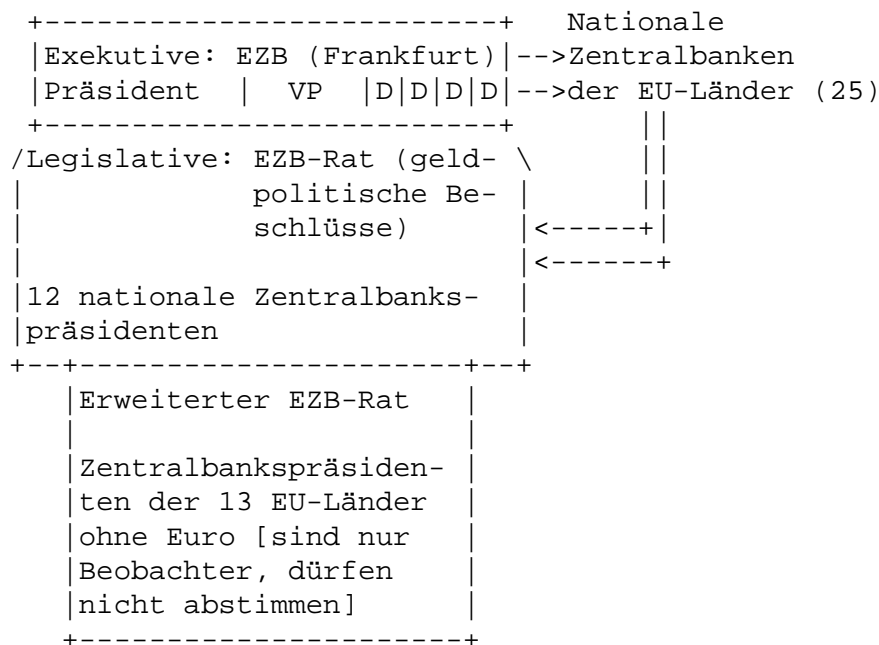
(Erst, wenn die Preisniveaustabilität gesichert ist, kann z.B. die Wirtschaftspolitik der EU-Länder unterstützt werden.)

09.05.2006

[Preisstabilität = maximal 2 % Anstieg des HVPI (B. S. 130)]

[Wieso ist Ziel nicht 0 % Anstieg? – Hätte man 0 % als Durchschnitt, könnte es sein, dass einige Länder drunter liegen, also Deflation haben. Ist das Ziel „knapp unter 2 %“, so ist dies nicht/seltener der Fall.]

Aufbau



[Die EZB selbst kann nichts beschließen, beschließen darf nur der EZB-Rat. (Die Stimme des EZB-Präsidenten wiegt aber im Fall einer Pattsituation doppelt.)]

[Der EZB-Rat gibt vor, die nationalen Zentralbanken setzen unter der Leitung der EZB um.]

Gemeinsamer Vertrag von Maastricht:

- Unabhängigkeit von nationalen Regierungen
- Verbot von Schöpfungskrediten für nationale Haushaltsdefizite
- [Der] Stabilitäts- und Wachstumspakt soll alle EWU⁷-Staaten zu solider Haushaltspolitik anhalten (Neuverschuldung $\leq 3\%$ BIP).

[Bei mehrmaligem Nichteinhalten Bußgeld (kontraproduktiv; war gedacht, dass andere Länder nicht unter den von einem Land, was viele Schulden macht, hochgetriebenen Schulden leiden müssen)]

15.05.2006

[Mögliches Problem bei Einführung des Euros in weiteren Ländern: Der EZB-Direktoratsanteil am Rat nimmt immer weiter ab. Evtl. müsste man die Zahl der Direktoratsmitglieder im Rat daher aufstocken.]

[Kreditkette:]

- ESZB
EZB →
- (Zur Zeit 12) nationale Zentralbanken in Euroland ↔ [Leitzins; wird von der EZB festgelegt]
- Geschäftsbanken (Refinanzierung) ↔ [Leitzins + Aufschlag; üblicherweise zw. 3,5 % und 4 %]
- Finanzierung/Geldanlage für die Wirtschaftssubjekte ↔
- Gesamtwirtschaftliche Nachfrage (N)
 $I^{\text{Br.}}, C_H, C_{St}, X \rightarrow$

⁷Europäische Währungsunion

- Preisniveau durch Angebot und Nachfrage

[Deutsche Bank (Geschäftsbank) \neq Deutsche Bundesbank (nationale Zentralbank)]

[Beispielhandlung der EZB: Erhöhung der Leitzins \rightarrow damit auch Erhöhung Leitzins + Aufschlag \rightarrow damit leihen sich weniger Leute Geld von der Bank]

Instrumente der EZB/Zentralbanken bei der Refinanzierung

- Einlagenfazilität (Geschäftsbank \rightarrow Guthaben bei Bundesbank), zur Zeit 1,50 % p.a. – [relativ wenig, am Kreditmarkt bekommt man mindestens 2 % – daher werden Banken die Einlagenfazilität wohl nur dann nutzen, wenn sie nichts besseres am Kreditmarkt finden. Problem ist halt, dass man nachts nur noch vielleicht im Ausland Kreditnehmer findet (andere Zeit-zonen etc.).]

[Dies muss mindestens über eine Nacht lang geschehen.]

[Oft wird das einzuzahlende Geld einfach bei der Geschäftsbank belassen, gilt aber trotzdem als eingezahlt und darf von der Bank nicht verwendet werden – ansonsten droht Lizenzverlust etc.]

- Mindestreserve, zur Zeit 2,00 % [an jeder Kundeneinlage] (quasi als Kautions)

[Geschäftsbanken müssen einen bestimmten Anteil – 2,00 % – ihrer Einlagen von Kunden bei der Bundesbank hinterlegen. Dieser Anteil wird mit dem Basiszins der Einlagenfazilität verzinst.]

[Flexibilität für die Banken durch ein gleitendes 30-Tage-Fenster]

16.05.2006

[Wenn die Banken selbst schon sehr flüssig sind, sind die Banken nicht mehr auf die Refinanzierungskredite der EZB angewiesen. Dann kann die EZB aber nicht mehr so eingreifen – Änderungen an der Leitzins machen nicht mehr so viel aus.]

Abhilfe: Die EZB gibt den Geschäftsbanken Wertpapiere für flüssiges Geld (mit Zinsen). Damit wird das Geld stillgelegt, das Geld

arbeitet nicht – die Geschäftsbank verliert an flüssigem Geld und muss wieder die Refinanzierung nutzen.

Außerdem kann damit die EZB die Geldmenge kontrollieren („5 % pro Jahr (in Form von Zinsen) anstatt von 100 %“). Die Frage ist immer: Wie viel Geld, das Nachfrage ausüben kann, ist draußen?]

[Im Frühjahr sind die Banken üblicherweise liquider als kurz vor Weihnachten.]

[Die EZB muss (anders als alle anderen Institutionen/Leute) nicht wirtschaften um Zinsen zahlen zu können – im Notfall kann sie ja Geld drucken. (Außerdem gibt die EZB ja auch Kredite aus und hat somit auch Einnahmen.) Daher kann sich die EZB erlauben, Geld zu lagern, also so wegzusperren, dass es nicht mehr Shopping gehen kann.]

[Beispiel: Ungewollte Nachfrage oder HVPI > 2 % → Wunsch der EZB nach Geldmengenbegrenzung → Hochschrauben der Zinsen]

[Generell: Die EZB will immer den niedrigsten Zinssatz, den die Wirtschaft noch trägt. (XXX?)]

22.05.2006

[Kopfgeld bzw. Begrüßungsgeld als Geschenk des Staats zur Währungseinführung; dabei nimmt der Staat bei der Zentralbank/EZB Kredit auf.]

Offenmarktgeschäfte der EZB mit Geschäftsbanken

- Hauptrefinanzierungsinstrument: Tendersverfahren (wöchentlich, Laufzeit zwei Wochen)

[Damit Geschäftsbanken nicht beliebig viel bestellen können, werden Wertpapier als Pfand eingesetzt. Verpfändete Papiere können nicht mehr gehandelt werden; durchgesetzt wird das durch eine eindeutige Kennnummer, die jedem Wertpapier zugeordnet ist.]

a) Mengentender:

- EZB gibt Zinssatz vor (z.B. 2,50 %),
- Geschäftsbanken bestellen best. Menge,
- EZB teilt prozentual (Repartierung – z.B. jeder 10 %) jeder Geschäftsbank so viel zu, dass insgesamt ihre beabsichtigte Geldmenge [die rausgehen soll] an die Geschäftsbanken fließt.

[Möglichkeit des flexiblen Kontrollierens/Eingreifens durch die kurze Laufzeit von nur zwei Wochen]

[Stellschrauben: Höhe und Zinssatz]

b) Zinstender:

- EZB gibt Mindestbietungssatz vor (z.B. 2,50 %),
- Geschäftsbanken bestellen zu verschiedenen Gebotssätzen best. Mengen,
- EZB bedient die Bestellungen beginnend mit den höchsten Geboten, solange bis die beabsichtigte Geldmenge von der EZB an die Geschäftsbanken fließt; beim letzten noch bedienten Gebotssatz (marginaler Zinszeitungssatz) findet evtl. eine Repartierung statt.

[Quantelung der gebotenen Zinssätze durch eine Mindesttreppe (wohl auf Hundertstel)]

[Die EZB teilt nur den marginalen Zinssatz mit, nicht aber den höchsten gebotenen Satz.]

[Der EZB ist Zinstender lieber, weil sie damit sehen kann, wie sehr eine Bank Kredit von der EZB benötigt (hoher vs. niedriger gebotener Zinssatz). Damit kann sie entscheiden, ob evtl. strukturelle Maßnahmen erforderlich sind.]

[Die EZB wird dann Mengentender bevorzugen, wenn sie die Zinsen unten haben will, da die gegenseitige Konkurrenz der Banken beim Zinstender die Zinsen hochtreibt.]

- Längerfristige Refinanzierungen: Tendersverfahren (monatlich, Laufzeit von drei Monaten)

[Hier ist die Geldmenge nicht so groß im Vergleich zum zweiwöchigen Vorgehen.]

- Feinsteuerungsinstrumente, z.B. Schnelltender (bilateral) [was als Zins- oder Mengentender abläuft] zur kurzfristigen Überwindung von Geldangebots-/Nachfrageschwankungen

[Das erworbene Guthaben wird in allen Fällen auf das Konto der Geschäftsbank auf der EZB abgelegt, von dort es die Bank abziehen kann.]

[Die EZB versucht, in guten Zeiten die Zinsen hochzustaffeln, damit sie sie in schlechten Zeiten ´runterdrehen kann – sind die Zinsen bereits ganz unten, lassen sie sich natürlich nicht weiter verringern.]

[Die EZB muss eine Grantwanderung zwischen Unberechenbarkeit und Zuverlässigkeit begehen – würde die EZB beispielsweise schon im Voraus ihre geplanten Zinsänderungen offenlegen („Zinsen 1 % hoch“), würden die Händler gleich mitziehen („Preise auch ein 1 % hoch“) und damit die Maßnahmen der EZB (im Beispiel die Inflationsbekämpfung) unterlaufen.]

[Geschäftsbanken können immer – auch, wenn sie sich am normalen Hauptrefinanzierungsgeschäft verspekuliert haben – von der EZB Kredit bekommen (Spitzenrefinanzierungsfazilität oder auch „Übernachtcredit“). Da der Zinssatz aber sehr hoch ist (z.Z. 3,50 %) versuchen die Geschäftsbanken natürlich möglichst, das zu vermeiden.]

[Banken müssen immer Geld liefern können, auch, wenn mal alle Kunden lolligerweise ihr Geld abheben wollen. Würde eine Bank auch nur einmal nicht auszahlen können, wäre die Bank sofort pleite: Zeitungsartikel „Liquiditätsprobleme???“ → jetzt wollen wirklich alle ihr Geld abheben → Bank geht pleite.]

3,50 %	-- Spitzenrefinanzierungsfazilität	}	
		}	Zins-
2,50 %	-- Hauptrefinanzierung	}	kanal der
		}	EZB
1,50 %	-- Einlagenfazilität	}	

[Niemand, der Zugang zu EZB-Geld hat, würde kurzfristige Kredite mit einem Zinssatz höher als der Spitzenrefinanzierungszinssatz annehmen. Analog würde niemand sein Geld dort einzahlen, wo er weniger als bei der Einlagenfazilität bekommt.]

[Üblicherweise ziehen Spitzenrefinanzierungszinssatz und Einlagenfazilitätszinssatz mit dem Hauptrefinanzierungszinssatz immer im Abstand von einem Prozentpunkt mit.]

30.05.2006

1.4.7 Grenzen der Geldpolitik

- EZB kann Geschäftsbanken nicht Kredit „verordnen“; Geschäftsbanken brauchen evtl. keinen [Kredit] wegen hoher Selbst-

finanzierung (Hochkonjunktur) bzw. wegen fehlender Kreditnachfrage/Bonität der Wirtschaftssubjekte (Depression).

- Zinsreagibilität der Wirtschaftssubjekte oft nicht stark genug (evtl. nur teilweise Kreditfinanzierung; evtl. höhere Zinsen einfach auf Preise abwälzen).
- N wird nur indirekt über Kreditmöglichkeiten angesteuert.
- time lag der Maßnahmen möglich
→ Prozyklische Wirkung
- Zinserhöhung ist für U eine Kostenerhöhung! (Wettbewerbsfähigkeit, Preiserhöhung!); auch St ist betroffen und erhöht deshalb die sog. administrierten Preise.
- Multinationale Unternehmen können durch Gestaltung von internen Verrechnungspreisen Geld legal verschieben; Staat und EZB gehen leer aus.

19.06.2006

1.5 Außenwirtschaft

1.5.1 Gründe

- Nichtverfügbarkeit bestimmter Güter [Standardbeispiel: Bananen] (insbesondere Rohstoffe) im eigenen Land
[Deutschland hat deswegen so wenig Rohstoffe, weil es zum einen recht klein ist und zum anderen viel schon in der Bronzezeit abgebaut wurde/allg. weil Deutschland schon früh besiedelt wurde.]
- Oft im Ausland günstigere Produktionsbedingungen (z.B. Sonnenenergie, Billiglöhne [insbesondere bei Handarbeit]); Nutzung komparativer Kostenvorteile → Güter günstiger
- Absatzmarkt für hochspezialisierte Güter
- Kostensenkung durch Großserienfertigung

[Kleinstaaterei ← keiner exportiert, weil nicht klar ist, an wem er alles Abgaben zahlen muss etc. Daher EU → mehr Wertschöpfung → mehr Wohlstand]

03.07.2006

1.5.2 Zahlungsbilanz

[Eigentlich keine Bilanz, weil ein gesamtes Jahr statt nur einen bestimmten Stichtag betrachtet wird und weil auch die Leistungen einbezogen werden.]

[Die Zahlungsbilanz] gliedert sich in Teilbilanzen: ([Ungefähre] Werte von 2005 in Mrd. €)

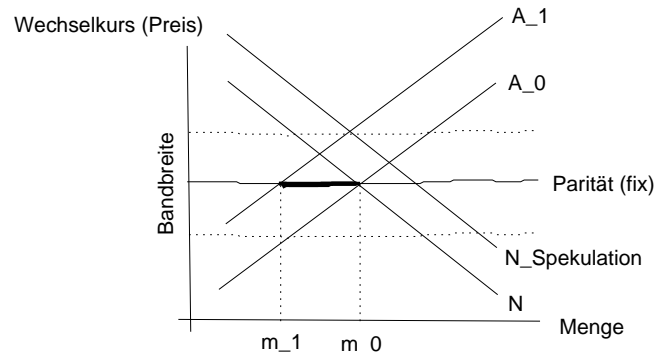
I.	Leistungsbilanz	+92,2
	- Außenhandel	+160,5
	- Dienstleistungsbilanz [bspw. Urlaube im Ausland]	-27,8
	- Erwerbs- und Vermögenseinkommensbilanz [Vermögenseinkommen ← Zinsen für im Ausland angelegtes Geld]	-12,5
	- Übertragungsbilanz ["Mitgliedsbeitrag" bei UNO/NATO, Entwicklungshilfe, private Spenden etc.]	-28,0
II.	Vermögensübertragungen	+0,3
III.	Kapitalbilanz	-48,0
	- Direktinvestitionen	
	- Wertpapiere	
	- Finanzderivate [beispielsweise höhere Zinsen bei coolen Ereignissen wie Fußball- erfolge eines bestimmten Vereins]	
	- Kreditverkehr	
	- Sonstige Kapitalanlagen	
IV.	Veränderung der Währungsreserven	+0,4
V.	Nicht aufgliederbare Restposten	-44,9

04.07.2006

[Negative Kapitalbilanz – also Kapitalexport – nicht schlimm, da das ja Investitionen sind; wir bekommen also was für unser Geld, zumindest zukünftig.]

1.5.3 Wechselkurssysteme

Starre Wechselkurse



10.07.2006

Freie Wechselkurse

[Diagramm siehe B. S. 224.]

[Preiserhöhungen ziehen die Tendenz mit sich, dass der Preis wieder zurückkommt. Umgekehrt verhält es sich bei Preiserniedrigungen. (Ala LENZsche Regel)]

[Zentralbanken intervenieren nur, wenn sie ziemlich sicher sind, dass die Schwankung temporär (max. ca. zwei Wochen) ist. Würden sie nämlich eine Intervention nicht durchhalten, würde erstens der Preis doch wieder zum Ursprung zurückkehren, und außerdem gäbe es zu diesem Preis jetzt mehr Menge. (→ Inflation etc.)]

11.07.2006

1.5.4 Europäische Wirtschaftsunion

Gründe

- Keine Transaktionskosten mehr
- Keine Wechselkursänderungen mehr (Risiko weg)
- Transparenz bei Preisen bringt europaweit günstige Verbraucherpreise

- Größeres Gewicht bei der Währung schützt vor Spekulationen [1 Mrd. machen bei insgesamt 10 Mrd. viel aus, bei insgesamt 10.000 Mrd. jedoch fast nichts] und auch vor Überbewertung durch Finanzanlagen (Reservewährung) [Ölscheich will in Deutschland Geld anlegen und benötigt dazu DM]

Bedingung der Mitgliedschaft

- Erfüllung der Konvergenzkriterien (vgl. B. S. 227f.) →
- Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
- EU-Land

17.07.2006

1.5.5 Mögliche Maßnahmen der Währungspolitik

- Bei starren Wechselkursen (evtl. mit Bandbreite): Auf- und Abwertung der vorgegebenen Parität
- dirty floating [XXX]: Entsprechende Interventionen (Stützungskräfte, Abbotserhöhung)
- Devisenbewirtschaftung